

## **Versäumnisse der Behörden: Messerangriff in Solingen erschüttert**

Behördenfehler verhinderten die Abschiebung eines syrischen Asylbewerbers, der später einen Messerangriff in Solingen verübte.



Es ist ein Ereignis, das die deutsche Öffentlichkeit erschüttert und die Behörden in ein kritisches Licht rückt. Am vergangenen Freitagabend spielte sich in Solingen ein tragischer Vorfall ab, bei dem ein syrischer Asylbewerber, al Hassan, mutmaßlich einen Messerangriff verübte, bei dem drei Menschen ihr Leben verloren und zahlreiche weitere verletzt wurden. Dieser Vorfall wirft erhebliche Fragen zum Umgang der deutschen Behörden mit Asylbewerbern auf und offenbart eklatante Lücken im System.

Al Hassan reiste 2022 von Syrien über Bulgarien in die Europäische Union ein und stellte später in Deutschland, genauer gesagt in Bielefeld, einen Asylantrag. Gemäß dem sogenannten Dublin-System ist das Land, in dem die EU-Außengrenze zuerst überschritten wurde, für das weitere Asylverfahren zuständig. In diesem Fall wäre das Bulgarien gewesen.

## **Versäumnisse bei der Abschiebung**

Laut EU-Recht bleiben den deutschen Behörden sechs Monate Zeit, um Asylbewerber wie al Hassan in das zuständige Land zu überführen. Diese Frist wäre Anfang 2023 abgelaufen. Wie die „Welt“ berichtet, hatte Bulgarien einer Überstellung von al Hassan sogar zugestimmt. Allerdings scheiterte dieser Versuch an der mangelnden Effizienz der deutschen Behörden. Nur ein einziges Mal versuchten sie, den Syrer in seiner Unterkunft in Paderborn anzutreffen. Als sie ihn nicht fanden, zogen sie sich unverrichteter Dinge wieder zurück.

Al Hassan versteckte sich in dieser Zeit lediglich vor den Behörden, ohne vollständig unterzutauchen. Ein simpler Trick, der dazu führte, dass die Abschiebung nicht weiter verfolgt wurde. Die „Bild“ berichtet weiter, dass die Behörden keinen weiteren Versuch unternahmen, al Hassan erneut aufzuspüren und abzuschicken. Diese Nachlässigkeit ermöglichte es ihm, in

Deutschland zu bleiben und schließlich den schrecklichen Angriff in Solingen zu begehen.

## **Systematische Probleme**

Der Fall von al Hassan ist kein Einzelfall. Experten wie der Asylrechtsexperte Daniel Thym machen auf ein systematisches Problem aufmerksam: „Das ist gängige Praxis und passiert andauernd. In vielen Fällen versuchen die Behörden die Überstellung nicht einmal; es vergehen einfach sechs Monate und dann gibt es ein reguläres Asylverfahren in Deutschland.“ Dieses System lädt geradezu dazu ein, von den Betroffenen ausgenutzt zu werden.

Al Hassan wusste offenbar genau, wie er sich zu verhalten hatte. Er meldete sich vier Tage nach Ablauf der Frist selbst bei den Behörden und erhielt vom Bundesamt für Migration einen „subsidiären Schutz“. Darunter versteht man eine Form des Schutzes für Personen, die zwar keinen Anspruch auf Asyl haben, aber in ihren Herkunftsländern ernsthaften Schaden erleiden würden.

Nach Erhalt dieses Status zog al Hassan nach Solingen, wo er am vergangenen Freitagabend den verheerenden Messerangriff verübte. Die genauen Hintergründe und Motive für seine Tat sind derzeit noch Gegenstand der polizeilichen Ermittlungen, aber der Vorfall hat eine breite Debatte ausgelöst.

## **Erheblicher Reformbedarf**

Der Fall demonstriert eindrucksvoll, dass es erheblicher Reformen im Umgang mit Asylbewerbern bedarf. Insbesondere die Umsetzung des Dublin-Systems muss dringender untersucht und optimiert werden. Die aktuellen Mängel und das Versagen, Asylbewerber ordnungsgemäß abzuschieben, haben verheerende Konsequenzen gezeigt. Auch wenn dieser Fall besonders tragisch ist, ist er leider kein Einzelfall, sondern symptomatisch für eine weit größere Problematik.

Die deutsche Öffentlichkeit und vor allem die betroffenen Familien aus Solingen verlangen nun nachvollziehbare Antworten und Maßnahmen, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern. Es bleibt abzuwarten, wie die politische und behördliche Reaktion ausfallen wird und welche konkreten Veränderungen eingeleitet werden, um solche tragischen Ereignisse zukünftig zu vermeiden.

## **Ähnliche Ereignisse in der Vergangenheit**

Ein vergleichbarer Vorfall ereignete sich im Jahr 2019 in Nürnberg, als ein abgelehnter Asylbewerber aus Afghanistan mehrere Menschen mit einem Messer angriff. Jener Fall führte ebenfalls zu intensiven Debatten über die Umsetzung des Dublin-Systems und die Effizienz der Abschiebep Praxis in Deutschland. Ein wesentlicher Unterschied liegt jedoch in der Anzahl der Verletzten und den Todesopfern. Während der Angriff in Nürnberg weniger gravierende Folgen hatte, markiert der aktuelle Vorfall in Solingen einen tragischen Höhepunkt.

Ähnlich wie im aktuellen Fall fand auch in Nürnberg eine Diskussion über die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Asylverfahrens statt. Beide Fälle zeigen auf, wie schwerwiegend die Folgen sein können, wenn das Dublin-System und die dazugehörigen Regelungen nicht konsequent umgesetzt werden.

## **Flüchtlingspolitik und Dublin-System**

Das sogenannte Dublin-System, benannt nach dem Abkommen, das 1990 in Dublin verabschiedet wurde, legt fest, dass Asylbewerber in dem ersten EU-Land, das sie betreten, ihren Asylantrag stellen müssen. Ziel des Systems ist es, Mehrfachanträge und die sogenannte ‚Flucht‘ von einem EU-Staat in den nächsten zu vermeiden. Kritiker bemängeln jedoch schon lange, dass Staaten an den EU-Außengrenzen wie Griechenland, Italien und Bulgarien überproportional belastet werden.

Laut der offiziellen Website der **Europäischen Union** sind Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Überstellungen innerhalb der festgelegten Fristen durchzuführen. Verzögerungen können nicht nur zu administrativen Komplikationen führen, sondern auch zu unsicheren Situationen für die betroffenen Asylbewerber und die aufnehmenden Gesellschaften.

## **Statistiken und Daten zur Asylpraxis in Deutschland**

Die Bundesrepublik Deutschland hat laut dem **Bundesministerium des Innern und für Heimat** im Jahr 2022 insgesamt 244.132 Asylanträge registriert. Von diesen wurden 97.330 als Erstanträge gestellt. Die Anerkennungsquote lag bei etwa 37,4%, wobei die Mehrheit der positiven Bescheide subsidiären Schutz oder Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährte. Im gleichen Zeitraum wurden etwa 12.945 Überstellungen gemäß dem Dublin-III-Verfahren durchgeführt.

Diese Zahlen zeigen, dass die Behörden trotz der Herausforderungen weiterhin bemüht sind, das Dublin-Verfahren durchzuführen. Dennoch bleiben viele Fälle wie der von al Hassan bestehen, in denen die Umsetzung der Abschiebep Praxis nicht zufriedenstellend verläuft.

## **Aktionen und Reaktionen auf den Vorfall**

Nach dem Messerangriff in Solingen haben Politiker und Behördenvertreter mehrfach ihre Bestürzung ausgedrückt. Innenministerin Nancy Faeser betonte die Notwendigkeit, bestehende Sicherheitslücken zu schließen und das Dublin-Verfahren effizienter zu gestalten. Auch die **Tagesschau** berichtet über verstärkte Kontrollen und zusätzliche Maßnahmen, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

Die Reaktionen aus der Zivilgesellschaft sind ebenfalls vielfältig.

Viele Bürger fordern eine Reform des Asylsystems, um die Sicherheit zu erhöhen und gleichzeitig humanitäre Standards zu wahren. Diverse Organisationen wie Pro Asyl und Flüchtlingsräte plädieren für ein faireres und transparenteres Verfahren, das den Schutzbedürftigen gerecht wird, aber auch das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit stärkt.

Insgesamt zeigt der Vorfall, wie komplex und vielfach kritisch das Thema Asyl und Flüchtlingspolitik bleibt. Strategien zur Verbesserung der aktuellen Praxis sind daher dringlich notwendig, um sowohl Sicherheit als auch Gerechtigkeit zu gewährleisten.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**